



Niederschrift

55. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 06.09.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:15 Uhr
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Vertreter der Initiative „Freies Tor“
Vertreter der AG City
Herr Schneider, Bereich Personal und Organisation
Herr Wendl, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Munzel, Rechtsamt
Herr Schrewe, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Beck, Bereich Bauaufsicht
Herr Praetzel, FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 16. August 2006
- 2 Förderung von Familien
Vorlage: 06/SVV/0475
Fraktion SPD
- 2.1 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0509
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 3 Lenindenkmal an der Hegelallee
Vorlage: 06/SVV/0113
Fraktion CDU
- 4 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Standortentwicklungskonzept für den Regionalen Wachstumskern Potsdam gemäß Vorlage: 06/SVV/0635
- 6 Konzept Leitbild
aus HA 28.06.2006
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Bericht zum Stand - Zweigstelle Bibliothek Kirchsteigfeld
- 7.2 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 7.3 Weihnachtsmarkt
aus HA 16.08.2006
- 7.4 Sachstandsbericht zur Übertragung der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren an die Stadtwerke
aus HA 16.08.06
- 7.5 Bombenfund
- 8 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Bestätigung der nicht öffentlichen Tagesordnung sowie Bestätigung des nicht öffentlichen Protokolls der Sitzung vom 16. August 2006
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Beschwerde einer Potsdamer Familie
- 10.2 Mieterbetreuungskonzept der PRO POTSDAM GmbH
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 16. August 2006

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung gibt der Oberbürgermeister bekannt, dass der TOP 3 – Lenin-Denkmal auf Wunsch der Fraktion der CDU zurückgestellt werden soll. Er schlägt weiterhin vor, zum Thema Weihnachtsmarkt die DS 06/SVV/0652 - Nutzungskonzept Potsdamer Innenstadt und 06/SVV/0656 – City-Beirat – entsprechend der letzten Sitzung der StVV einschl. des Rederechts für die Initiative „Freies Tor“ in die Tagesordnung aufzunehmen und gleich zu Beginn der Sitzung zu behandeln. Gegen diese Änderungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 54. Sitzung vom 16.08.2006 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mehrheitlich, bei zahlreichen Stimmenthaltungen, bestätigt.

neu Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0652
City - Beirat
Vorlage: 06/SVV/0656
Rederecht für die Initiative „Freies Tor“

zu 7.3 Weihnachtsmarkt

aus HA 16.08.2006

Der Oberbürgermeister informiert eingangs über ein Treffen mit der Initiative „Freies Tor“, in dessen Ergebnis sich ein offenbar großer Abstimmungsbedarf zur Gestaltung des Weihnachtsmarktes gezeigt habe. Er schlägt vor, der genannten Initiative, der AG City sowie Herrn Kirchfeld, Geschäftsführer von Karstadt Potsdam, das Rederecht zu geben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend stellt Frau Chowlik-Lanfermann die Ziele der Initiative „Freies Tor“

dar und betont, dass erhebliche Defizite bei der Koordination der Vorbereitungen des Weihnachtsmarktes gesehen werden. So seien die Beteiligung, Kommunikation und Transparenz der Vorbereitungen sehr mangelhaft. Die Initiative „Freies Tor“ fordere deshalb die Erstellung eines Anforderungsprofils und die Ausschreibung der Leistungen bezüglich des Weihnachtsmarktes. Eine Mehrheit wünsche, die Brandenburger Straße von Buden freizuhalten bzw. über diesbezügliche Lösungen nachzudenken. Darüber hinaus solle die Stadt ihre Verantwortung mehr wahrnehmen. Dabei gehe es nicht darum, einen Weihnachtsmarkt in der Innenstadt zu verhindern, sondern ihn schöner und besser werden zu lassen.

Der Oberbürgermeister verweist anschließend darauf, dass es um die Umsetzung kurz- aber auch langfristiger Maßnahmen gehe sowie darum, Strukturen zu finden und Kompromisse in Gesprächen zu vertiefen. Dafür diene u.a. das für die übernächste Woche geplante Gespräch mit der Initiative und weiteren Beteiligten.

Frau Dzaack von der AG City stellt anschließend die Planungen für den Weihnachtsmarkt 2006 vor, die u.a. einen 15 Meter hohen, transparenten Lichterbaum vorsehen, der einen Blick auf das Brandenburger Tor zulasse und blau angestrahlt werde. Blau angestrahlt seien auch mehrere Fassaden sowie der Turm der St. Peter und Paul-Kirche. Insgesamt seien 30 Buden weniger als im Vorjahr geplant. Darüber hinaus gebe es weitere neue Details, die in der neu zu gründenden Arbeitsgruppe Weihnachtsmarkt abgestimmt werden sollen.

Der Oberbürgermeister hebt hervor, dass es intensive Vorbereitungen mit Neuerungen gebe, die sich sehr schön mit dem Jahr der Architektur verbinden.

Im Weiteren betont Herr Kirchfeld, dass er den Weihnachtsmarkt als unabdingbar für die Innenstadt sehe. Ein Weihnachtsmarkt ohne Buden werde aus seiner Sicht nicht funktionieren und man werde bis zu 150 000 potenzielle Käufer weniger bekommen. Zu bedenken sei auch, dass die Budenbesitzer Geld verdienen müssen und demzufolge mit einer Verdrängung in die Seitenstraßen bzw. in die Hegelallee nicht einverstanden sein werden.

Der Oberbürgermeister schlägt für das weitere Verfahren vor, die unterschiedlichen Positionen gemeinsam mit den Initiativen zusammenzutragen und nach Lösungen für den Weihnachtsmarkt 2006 zu suchen sowie eine tragfähige Perspektive für 2007 und folgende Jahre zu entwickeln. Er meine, die Stadt habe auch bisher ihre Verantwortung wahrgenommen; wenn es gewünscht sei, könne man dies aber auch noch verstärken. Der in der DS 06/SVV/0656 geforderte Beirat sollte sich nicht nur auf den Weihnachtsmarkt beschränken, sondern auch andere Großveranstaltungen im Blick haben und eine Gewichtung der Ideen vornehmen. Er erinnert daran, dass es bereits einen so genannten Citymanager gegeben habe und die Beteiligten hier unterschiedliche Erfahrungen gemacht hätten. Hier sollten konkret die Erwartungen formuliert werden. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses werde er über die weitere Entwicklung berichten.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass die Möglichkeit gegeben sein müsse, noch auf die Gestaltung des Weihnachtsmarktes 2006 Einfluss nehmen zu können. Dazu solle in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses ein konkreter Vorschlag unterbreitet werden. Im Weiteren beinhalte der Antrag der Fraktion Grüne/ B 90 nicht nur den Weihnachtsmarkt, sondern auch weitere Events. In diesem Zusammenhang sollte der von der Fraktion DIE LINKE. PDS unterbreitete Vorschlag zur Erarbeitung einer Volksfestsatzung umgesetzt werden.

Herr Schubert meint, dass es bezüglich der Erarbeitung einer Volksfestsatzung bereits einen Beschluss gebe. Hier sollte recherchiert und in der nächsten Hauptausschusssitzung ausführlich diskutiert werden. Wichtiger sei die Frage, inwieweit noch auf das Konzept des Weihnachtsmarktes 2006 Einfluss genommen werden könne und dieser Einfluss über die Aufstellung der Buden hinausgehe.

Frau Chwolik-Lanfermann sieht diese Einflussnahme als schwierig an, da das Konzept als sehr weit fortgeschritten erscheine. Dies bestätigt der Oberbürgermeister, sieht aber trotzdem noch Möglichkeiten der Einflussnahme. Er meine, die Aufstellung der Buden vor den Geschäften löse den größten Unmut aus. Bezüglich einer Volksfestsatzung habe die Verwaltung bereits in der Vergangenheit empfohlen, davon Abstand zu nehmen. Er weist darauf hin, dass in der nächsten Hauptausschusssitzung kein fertiges Konzept zu erwarten sei, sondern ein Sachstandsbericht.

Im Weiteren führt Herr Schüler aus, dass es im Antrag der Fraktion Grüne/ B 90 darum gehe, Klarheit darüber zu schaffen, an welchen Orten, was erträglich sei. Letztendlich gehe es um eine hohe Qualität des Weihnachtsmarktes und um eine hohe Zufriedenheit der Besucher. Frau Grimm sieht das Hauptanliegen in einer zukünftig besseren Verknüpfung von Inhalt und Standort. Die CDU Fraktion werde den Antrag 06/SVV/0656 unterstützen, so Herr Cornelius. Er meine, die Initiative „Freies Tor“ solle mit den Veranstaltern reden und nicht über sie. Herr Dr. Scharfenberg gibt zu bedenken, dass einer Beiratsbildung bisher nicht zugestimmt wurde und es darum gehe, die Diskussion mit starker städtischer Unterstützung weiterzuführen, weil eben die bisherige Organisation nicht funktioniert habe. Ebenso meint Herr Schubert, dass die Stadt mit ihrer Verantwortung intensiver umgehen müsse, um die Frage zu klären, wie mit dem öffentlichen Raum umgegangen werde.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister auf die Weiterführung der Diskussion dieses Themas in der nächsten Hauptausschusssitzung. Der Weihnachtsmarkt soll Aushängeschild für die Landeshauptstadt Potsdam sein. Nun müsse geklärt werden, wie das organisiert und finanziert werde.

zu 2

Förderung von Familien

Vorlage: 06/SVV/0475

Fraktion SPD

Eingangs erläutert Frau E. Müller die Mitteilungsvorlage 06/SVV/0509. Herr Schubert erklärt anschließend namens seiner Fraktion, dass die Variante des geänderten Beschlussvorschlages aus dem Ausschuss für Finanzen übernommen werde. Frau Dr. Müller verweist auf die vorliegenden Voten von 3 Fachausschüssen und plädiert für die Variante des Jugendhilfeausschusses. Darüber hinaus bringt sie folgenden Ergänzungsantrag ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Umsetzung der Aufgabe „die Landeshauptstadt Potsdam ist beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ die erforderlichen organisatorischen, einschließlich der personellen, Rahmenbedingungen zu schaffen.

Herr Schubert bittet, den o.g. Ergänzungsantrag noch einmal in den Fraktionen zu beraten, weil er bisher nicht bekannt war und über das bisherige Anliegen hinausgehe. Eine abschließende Behandlung könne in der Sitzung am 20.09.2006 erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg begründet die weitere Ergänzung mit der Notwendigkeit, das Anliegen mit Leben zu erfüllen. In diesem Zusammenhang sei eine „Menge

zu leisten“ und dafür die Bedingungen und Auswirkungen zu klären.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass es den ursprünglichen Antrag der Fraktion SPD nicht mehr gebe; er sei eingebettet in die geänderte Fassung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und in den nachfolgenden Fachausschüssen immer weiter modifiziert worden.

Abschließend spricht sich auch Herr Schüler für eine Beratung in den Fraktionen aus, da der Ergänzungsantrag weitgehend und folgenschwer sei.

zu 2.1 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 06/SVV/0509

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

zurückgestellt bis 20.09.2006

zu 3 Lenindenkmal an der Hegelallee

Vorlage: 06/SVV/0113

Fraktion CDU

zurückgestellt bis 20.09.2006

zu 4 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003

Vorlage: 06/SVV/0391

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert über die Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und den Einwand der Anwohner der Rote-Kreuz-Straße, dass es sich bezüglich ihrer Straße um eine „Konversionsmaßnahme“ handle. Begründet werde diese mit dem Ausbau im Zuge der Wiederherstellung des ehemaligen Mauerstreifens. Herr Munzel vom Rechtsamt habe geprüft und festgestellt, dass dem nicht so sei und ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichtes dies bestätige. Auf Bitte von Herrn Schubert sagt der Oberbürgermeister zu, dass diese Aussagen dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Herr Schüler zieht den Änderungsantrag namens der Fraktion Grüne/ B 90 zur o.g. DS **zurück**, da er nicht geeignet sei, dem Anliegen gerecht zu werden. Gleichzeitig gibt er zur Kenntnis, dass seine Fraktion der Satzungsänderung nicht zustimmen werde, weil der vorgeschlagene Kompromiss nicht angemessen sei und die Möglichkeit der Anhörung für die Bürger nicht nachgeholt werden könne.

Ebenso sei die Fraktion DIE LINKE. PDS mit dem Vorschlag der Verwaltung nicht einverstanden, so Herr Dr. Scharfenberg, und werde der DS nicht zustimmen. Darüber hinaus sehe er in der Mitteilung der Kommunalaufsicht und in dem Schreiben, was die Verwaltung daraufhin an die Stadtverordneten gerichtet habe, einen Widerspruch. Er lese aus der Stellungnahme der Kommunalaufsicht heraus, dass diese nicht ausreichend und umfassend informiert wurde und deshalb eine verkürzte Stellungnahme abgegeben habe. Nach wie vor sei nicht geprüft, welche Verbindlichkeit der § 10 habe und ob deren Nichteinhaltung einen Verfahrensfehler darstelle. Deshalb sage die Stellungnahme aus, dass „die Verletzung einer Verfahrensvorschrift ... dann auf den Beitragsbescheid“ durchschlage, „wenn diese Verfahrensvorschrift gerade als subjektives öffentliches Recht ausgestaltet ist. Ob sich aus der Regelung des § 10 der Satzung ein subjektives öffentliches Recht ableiten lässt, wäre durch Auslegung zu ermitteln.“

Herr Exner erwidert darauf, dass die Verwaltung nicht „mangelhaft gefragt“ habe.

Das Innenministerium könne nur grundsätzliche Hinweise geben und keine Rechtsgutachten fertigen. Darüber hinaus könne es auch nicht Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes ersetzen.

Zum Vorschlag von Herrn Heinzl, nochmals mit den betroffenen Bürgern zu sprechen, um einen Kompromiss zu finden, meint der Oberbürgermeister, dass es diese Gespräche bereits gegeben habe; jedoch ohne Erfolg.

Herr Schüler betont, dass es keinen rechtskonformen Weg gebe, um dieses Problem aus der Welt zu schaffen. Auch er meine, man müsse einen Kompromiss finden. Was er für kritikwürdig halte, ist die Reaktion der Verwaltung auf einen von ihr offensichtlich verursachten Fehler. Er fordert nachdrücklich, die Beteiligungsrechte zukünftig sorgfältig zu beachten.

Da die unterschiedlichen Auffassungen von Herrn Dr. Scharfenberg und Herrn Exner bezüglich der Stellungnahme der Kommunalaufsicht schwer zu bewerten seien, beantragt Herr Schubert, dem Innenministerium umfassende Informationen zukommen zu lassen und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses erneut zu beraten. Der Oberbürgermeister schlägt vor, gegenüber den Fraktionen Erläuterungen zu geben, wie die Verwaltung zu den rechtlichen Aussagen gekommen sei. Daraufhin fordert Herr Schubert, das Schreiben der Verwaltung an das Innenministerium den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Er sei sich nicht sicher, dass die vorgeschlagene Satzungsänderung den Erfordernissen entspreche.

Gegen die Vertagung dieses Punktes erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Standortentwicklungskonzept für den Regionalen Wachstumskern Potsdam gemäß Vorlage: 06/SVV/0635

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf das bisherige Verfahren, in das auch die Stadtverordneten einbezogen und beteiligt wurden. Er schlägt vor, deshalb auf eine Einbringung zu verzichten und das am letzten Freitag als Entwurf ausgereichte Standortentwicklungskonzept zu diskutieren und Rückfragen zu stellen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch und Herr Dr. Scharfenberg erklärt namens der Fraktion DIE LINKE. PDS, dass durch den fließenden Übergang von SEK und INSEK gewisse Unklarheiten darüber bestünden, ob z.B. die Fragen der Entwicklung der Neubaugebiete und des Wohnungsbestandes in den neuen Ortsteilen sowie die ländliche Entwicklung ausreichend beachtet wurden. Diese Beispiele seien dem INSEK zuzuordnen, welches bekanntlich erst zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen werde. Deshalb sei es notwendig, die Übergänge so zu gestalten, dass eine gewisse Sicherheit gegeben sei. Darüber hinaus solle das SEK sowohl eine Verbindlichkeit als auch eine Flexibilität einschließen. Bezüglich der ÖPNV-Brücke beantragt Herr Dr. Scharfenberg die Streichung aus dem Konzept, da dies die Voraussetzung für die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE. PDS sei. Im Weiteren schlägt er eine halbjährliche bzw. jährliche Evaluation des Konzeptes vor.

Herr Schubert erklärt, dass bei der Behandlung des Konzeptes in der Fraktion der SPD aufgefallen sei, dass eine grundsätzliche Verständigung der Stadtverordnetenversammlung zum Leitbild fehle. Zur Maßnahme 2 – ÖPNV-Brücke (Lange Brücke) fehle die Sanierung der bisherigen Brücke und sollte in das Konzept aufgenommen werden. Die Maßnahme 9 - touristisches und kulturelles Management Region Potsdam soll in die Priorität A aufgenommen werden. Zur Maßnahme 10 – Sport- und Freizeitstandort Luftschiffhafen fehlen die notwendigen Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung und deshalb sollten diese Maßnah-

men mit einem entsprechenden Vorbehalt versehen werden.

Frau Grimm merkt an, dass auch zur Maßnahme 2 - ÖPNV-Brücke (Lange Brücke) die notwendigen Beschlüsse der StVV fehlen und es außerdem zu diesem Projekt zu viele Unklarheiten gebe. Sie empfiehlt zur Maßnahme 4 eine Darstellung, wie das studentische Leben in die Innenstadt gebracht werde.

In der Diskussion der Fraktion Grüne/ B 90 stellte sich die Überschneidung SEK und INSEK ebenfalls problematisch dar, so Herr Schüler. Die Feststellung im Konzept, Potsdam sei eine Stadt der weiten Wege sei aus Sicht der Fraktion unzutreffend und sollte herausgenommen werden. Darüber hinaus fehle bei den Projekten eine logische Stringens. Ebenso meine die Fraktion, dass die ÖPNV-Brücke (Lange Brücke) in das INSEK gehöre, da sie sich auf den Verkehr in Potsdam beziehe.

Frau Paulsen fragt nach, inwieweit die Anzahl der in der Priorität A aufgeführten Schlüsselprojekte veränderbar sei. Die Fraktion der CDU würde die Maßnahme 9 - touristisches und kulturelles Management Region Potsdam gern hier mit aufnehmen wollen.

Bezug nehmend auf den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg zur Evaluierung des Konzeptes verweist der Oberbürgermeister auf die dazu gebildete interministerielle Arbeitsgruppe, in der das Konzept vorgestellt und verteidigt werde. Ebenso erfolge eine weitere Beratung in den Fachausschüssen der StVV. Noch in diesem Jahr sei eine Abstimmung über die Schlüsselprojekte 2006 ff im Kabinett vorgesehen. Da die Schlüsselprojekte Gegenstand einer spezifischen Förderung seien, gehe er davon aus, dass sie eine gewisse Verbindlichkeit haben.

Der Oberbürgermeister fasst folgende Änderungen der Fraktionen zusammen:

1. Das touristische und kulturelle Management Region Potsdam werde in die Priorität A aufgenommen – **dieser Vorschlag wird von der Verwaltung übernommen.**
2. Zur Maßnahme 10 Luftschiffhafen und zur Schiffbauergasse werde der gewünschte Vorbehalt bzgl. der fehlenden Entscheidung der StVV aufgenommen - **dieser Vorschlag wird ebenfalls von der Verwaltung übernommen.**
3. Die Maßnahme 2 - ÖPNV-Brücke (Lange Brücke) bleibt im Konzept und wird um die Sanierung der alten Brücke ergänzt.

Diese Änderungen werden zur Abstimmung gestellt und mit 7 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Das so geänderte Konzept wird zur Abstimmung gestellt und mit 8 JA-Stimmen, bei 5 NEIN-Stimmen **angenommen.**

zu 6

Konzept Leitbild

aus HA 28.06.2006

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass im Zuge der Erarbeitung des SEK deutlich geworden sei, dass damit auch Leitlinien erarbeitet werden. Deshalb sollte der Beteiligungsprozess im Rahmen der Diskussion des INSEK abgewartet und mit den bisher erarbeiteten Ideen und Vorschlägen zum Leitbild verbunden werden. Damit sei evtl. schon ein Leitbild erkennbar, welches weiterentwickelt werden könne. Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter zur Terminstellung benennt der Oberbürgermeister den Januar 2007.

Gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Auf die Nachfrage zur Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam antwortet der Oberbürgermeister, dass es bereits Ergebnisse aus früheren Kontakten gebe und die Universität auf Anfrage auch Bereitschaft für eine weitere Zusammenarbeit signalisiert habe. Welche konkreten Aufträge übernommen werden können, hänge u.a. von den studentischen Möglichkeiten ab.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Bericht zum Stand - Zweigstelle Bibliothek Kirchsteigfeld

Dazu teilt Frau Fischer mit, dass es Gespräche mit dem Kis gegeben habe und in die Räumlichkeiten eine Hortbetreuung einziehen werde. Für die Nutzung des zweiten Obergeschosses habe sich ein Sportverein interessiert; leider habe sich das aber „zerschlagen“. Der Kis suche nach weiteren Interessenten, um die Räume schnellstmöglich einer neuen Nutzung zuzuführen.

Die Nachfrage von Frau Knoblich, ob es sich bei der Hortbetreuung um einen am Kirchsteigfeld ansässigen Träger handele, bejaht Frau Fischer.

zu 7.2 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Herr Jetschmanegg informiert, dass auf der Tagesordnung der o.g. Beratung das Standortentwicklungskonzept sowie das Themenjahr 2007 – „Faszination Wasser“ gestanden habe. Den Ortsbürgermeistern wurde das Konzept zur Verfügung gestellt und seitens der Verwaltung erläutert. Zum Themenjahr wurden Ziele und Inhalte erörtert und die Ortsteile zur Einbringung von Ideen aufgefordert. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg ergänzt der Oberbürgermeister, dass die Ortsbürgermeister insbesondere nach der Konkretheit der Schlüsselprojekte und nach der Aufnahme spezifischer Regelungen der Ortsteile gefragt haben. Letzteres werde im INSEK thematisiert und die Ortsteile konkreter beteiligt.

zu 7.3 Weihnachtsmarkt

aus HA 16.08.2006

bereits behandelt

zu 7.4 Sachstandsbericht zur Übertragung der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren an die Stadtwerke

aus HA 16.08.06

Frau E. Müller informiert, dass erst eine rechtsgültige Satzung vorliegen und eine erste Veranlagung auf deren Grundlage erfolgen müsse, um eine Übertragung vornehmen zu können. Herr Dr. Scharfenberg kritisiert, dass der Auftrag an die Verwaltung bereits am 01.06.2005 erteilt wurde und er nun davon ausgehe, dass es noch gar keine Gespräche zur Prüfung der Konditionen gegeben habe.

Frau E. Müller wiederholt die Notwendigkeit einer rechtsgültigen Satzung und der Erstveranlagung, weil erst dann klar sei, welche Einsparungen die Verwaltung

habe und wie viel die Stadt für die Übergabe der Leistungen an die Stadtwerke zahlen müsse. Man brauche die notwendigen Fakten, um die Auswirkungen und notwendigen Kapazitäten darstellen zu können. Die Verzögerung habe auch etwas mit dem Wechsel des Berechnungsmodus' zu tun. Als möglichen Termin für die Vorlage eines Ergebnisse nennt Frau E. Müller den Januar/Februar 2007.

zu 7.5 Bombenfund

Der Oberbürgermeister informiert über den Fund einer weiteren Bombe aus dem 2. Weltkrieg am gleichen Standort wie im Juli 2006. Dazu seien erhebliche Verkehrseinschränkungen nötig – der Sperrkreis werde der gleiche sein. Mit dem Innenministerium werde es eine Verständigung geben, um ein System der vorbeugenden Suche in sensiblen Bereichen der Stadt, wie Krankenhäuser, Kitas, Seniorenwohnheime u.ä. zu entwickeln. Eine Abstimmung mit dem Innenministerium sei deshalb nötig, weil dies vom Land finanziert werden müsse.

Herr Mühlberg bemängelt die „spärlichen“ Informationen; so sei nicht bekannt, ab wann der Zugverkehr eingestellt werde und im Internet fehle der Plan über das Sperrgebiet.

Herr Schrewe vom Bereich Ordnung und Sicherheit betont, dass der Fund erst am Dienstag um 16:00 Uhr angezeigt wurde. Am heutigen Tag seien alle Beteiligten um 9:00 Uhr zu einer Abstimmung zusammengekommen – was auf Grund der Vielzahl der unterschiedlichen Institutionen früher nicht möglich war. Anschließend seien die Informationen auch im Internet eingestellt und eine Hotline eingerichtet worden.

zu 8 Sonstiges

Novellierung der GO

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die im Hauptausschuss erarbeitete Stellungnahme zur Novellierung der GO weitergeleitet wurde bzw. wann das passieren werde. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass das am morgigen Tag – 07.09.2006- erfolgen werde.

RIS

Herr Schubert merkt positiv an, dass die Bereitstellung der Vorlagen, Protokolle etc. über das Ris eine große Erleichterung für die Stadtverordneten darstelle. Leider sei die Lauffähigkeit noch sehr langsam, so dass er die Verwaltung bittet, Möglichkeiten der Verbesserung zu prüfen.

Befristete Halteverbotsschilder

Herr Dr. Gunold fragt nach, ob es eine Verpflichtung gebe, Anlieger über Baumaßnahmen, Dreharbeiten etc. zu informieren, die eine Sperrung bzw. ein befristetes Halteverbot zur Folge haben. Dies betreffe in letzter Zeit die Fontanestraße und nach Ausführungen von Frau Grimm auch die Hebbelstraße.

Frau E. Müller berichtet, dass auf Grund von Bürgeranfragen mit den Verursachern derartiger Verkehrseinschränkungen gesprochen und um eine Information der betroffenen Anlieger gebeten wurde. Die Stadt selbst habe dazu keine Möglichkeiten.

